

Tschechische Republik

Volker Weichsel

Europa ist im Umbruch. Knapp drei Jahrzehnte nach der Osterweiterung des Raums von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, die zur Aufnahme von elf ostmittel- und südosteuropäischen Staaten in die Europäische Union in den Jahren 2004 bis 2011 führte, stellen in nahezu allen EU-Mitgliedstaaten politische Kräfte jene Ordnung in Frage, die Europa seit 1989 und die westliche Mitte des Kontinents schon lange zuvor geprägt hat. Der Austritt Großbritanniens ist nur das augenfälligste Beispiel dafür, wie das Misstrauen in die institutionalisierte Zusammenarbeit in einem Staatenverbund mit geteilter Souveränität gewachsen ist. In allen Staaten der Europäischen Union gibt es politische Kräfte, die, wenn sie nicht ebenfalls den Austritt ihres Landes aus der EU fordern, so doch ihre Ideen und Interessen mit solcher Unbedingtheit vertreten sehen wollen, dass ein Ausgleich nicht mehr möglich scheint.

Was für die zwischenstaatliche Ebene gilt, trifft in gleichem Maße für die innerstaatliche zu. Hier sind es Ungarn und Polen, wo seit 2010 beziehungsweise 2015 politische Kräfte an der Macht sind, die mit einer Zentralisierung der Macht, mit der Einschränkung wenn nicht Abschaffung der Gewaltenteilung, mit einer gezielten Beschädigung des politischen Wettbewerbs, mit der Schaffung von Feindbildern zum Zwecke der Mehrheitsbildung die Grundfesten von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erschüttert haben.¹ Diese sind nicht bloß schmückende Attribute der EU-Mitgliedstaaten. Sie sind Ausdruck eines gelebten Politikverständnisses, das grundlegend für eine zwischenstaatliche Ordnung ist, die mehr ist als eine Ansammlung brüchiger Ad-hoc-Koalitionen zwischen miteinander rivalisierenden Nationalstaaten.

Europapolitische Positionen

Wo steht in diesem Tableau die Tschechische Republik? Sie ist kein Bollwerk der Demokratie und kein Hort der Enthusiasten der europäischen Integration. Gesamteuropäische Strömungen machen vor der Grenzen der Tschechischen Republik nicht halt. Mit dem einstigen Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten Václav Klaus hatte sie einen prominenten Fundamentalkritiker der europäischen Integration in höchsten Staatsämtern. Als sein Nachfolger amtiert seit 2012 Miloš Zeman, der jene Politik der Polarisierung betreibt, die auch den Politikstil des seit Anfang 2017 amtierenden US-amerikanischen Präsidenten kennzeichnet.² Das Parteiensystem, das in Demokratien zentral für die Aggregation von Interessen und die Legitimierung politischer Macht ist, befindet sich in Tschechien seit vielen Jahren in einer schweren Krise. Diese hat sich bei den letzten Wahlen verschärft. Neun Parteien sind ins Parlament eingezogen, bei 18 möglichen Regierungskoalitionen gelang über Monate keine Regierungsbildung.

1 Vgl. hierzu auch die Beiträge „Polen“ und „Ungarn“ in diesem Jahrbuch.

2 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die EU und die USA“ in diesem Jahrbuch.

Ministerpräsident wurde – zunächst geschäftsführend, erst acht Monate nach der Wahl aufgrund der Tolerierung durch die Kommunistische Partei auch mit einer Parlamentsmehrheit ausgestattet – mit Andrej Babiš ein Großunternehmer, der an der Spitze einer klassischen Oligarchenpartei steht: Die Zahl der Mitglieder seiner Partei Akce nespokojených občanů (Aktion unzufriedener Bürger, ANO) ist klein, Medien in der Hand des Unternehmers spielten eine wichtige Rolle im Wahlkampf, der Agrofert-Konzern, aus dem er sich nur formal zurückgezogen hat, finanziert verdeckt die Partei. Vor allem ist die parlamentarische Immunität für Babiš von großer Bedeutung. Der Ministerpräsident hat Probleme mit der tschechischen Justiz und auch das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung OLAF hat ein Auge auf ihn gerichtet.

All dies findet in der Europapolitik seinen Ausdruck. Präsident Zeman, der lange von sich behauptete, ein Befürworter der Europäischen Union zu sein, hat alle Hüllen fallen lassen und sucht zum Zwecke der Gegenmachtbildung die Nähe zu Russland, das an einer Schwächung des Zusammenhalts in der Europäischen Union arbeitet. Innenpolitisch führt er einen permanenten Machtkampf, in dem er sich vor allem in Sachen Vergangenheitspolitik und Migrationspolitik antideutscher Rhetorik bedient. Besonders den integrationsfreundlichen Flügel seiner ehemaligen Partei, die Sozialdemokraten, bekämpft er heftig.

In das Parlament ist mit der Partei Svoboda a přímá demokracie (Freiheit und Demokratie, SPD) eine nationalpopulistische Kraft ins Parlament eingezogen. Zweitstärkste Kraft ist die nationalliberale Demokratische Bürgerpartei (Občanská demokratická strana, ODS) geworden, die seit Ende der 1990er Jahre erklärt, die europäische Integration laufe den Interessen der kleinen Mitgliedstaaten zuwider. Erstmals stützt sich die neue Regierung auf die Kommunistische Partei, die älteste EU-kritische Partei des Landes. Das integrationsoffene Lager ist in fünf Parteien christdemokratischer und sozialliberaler Couleur gespalten, die zusammen nur über 75 der 200 Mandate im tschechischen Abgeordnetenhaus verfügen.

Geradezu gemäßigt erscheint, insbesondere wenn man die Politik der Regierungen in Polen und Ungarn mit in den Blick nimmt, das Programm des neuen Ministerpräsidenten Babiš. Flexibilität, Pragmatismus und Effizienz sind die Eigenschaften, mit denen er für sich wirbt, nicht Kompromisslosigkeit bei der Verteidigung angeblicher nationaler Werte. Die ANO hat kein ausgearbeitetes europapolitisches Programm, und Babiš erklärte stets, er werde pragmatisch für die tschechischen Belange in der EU eintreten, statt einen Grundsatzzkonflikt über die Verfasstheit der Europäischen Union zu führen.

Asylpolitik: Schulterschluss der Visegrád-Staaten

Wie schwankend jedoch die konkrete Auslegung dieser Haltung ist, trat zuletzt deutlich in jener Frage zu Tage, die die europäische Politik seit drei Jahren wie keine andere prägt: der Asyl-, Migrations- und Flüchtlingspolitik. Als Ende Juni 2018 wenige Tage vor einem regulären Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU auf Initiative Deutschlands ein Sondergipfel zu dieser Frage einberufen wurde, stellte sich für die Tschechische Republik die Frage: teilnehmen oder nicht teilnehmen? Sollte sie ihre Position am Verhandlungstisch einbringen oder durch Abwesenheit zum Ausdruck bringen? Während Polen und Ungarn sofort eine „Politik des leeren Stuhls“ verkündeten, schloss der tschechische Ministerpräsident zunächst die Reise nach Brüssel nicht aus. Schließlich entschied er nach einem Treffen der vier Visegrád-Staaten, dass er im Verbund mit den anderen ostmitteleuropäischen Staaten dem Treffen fernbleibt. Als Ausdruck von Interessenpolitik in einer Sachfrage wird man dies nicht deuten können. Das benachbarte Österreich, das die

gleiche Position vertritt wie Prag – Externalisierung des Problems durch Abwehr der schutzsuchenden Menschen an den Grenzen – nahm an dem Gipfel teil. Als rein parteipolitischen Schachzug wird man den Schritt auch nicht deuten können: Babiš berief eigens den nationalen Sicherheitsrat ein, der über die Frage diskutierte.³ Vielmehr sah sich die tschechische Regierung vor eine Wahl zwischen zwei schlechten Alternativen gestellt. Weder möchte sie Teil eines von Brüssel entfremdeten Raums zwischen Ostsee und Adria sein, in dem Polen und Ungarn den Ton angeben, noch möchte sie sich einem von Deutschland und Frankreich dominierten Kerneuropa anschließen.

Ohnmacht als Strategie?

So betrachtet die überwiegende Zahl der politischen Akteure in Prag den europäischen Kontinentaldrift, die Entstehung von Räumen unterschiedlichen Rechts, mit Sorge und einem Gefühl der Ohnmacht. Doch eine Politik, die dem entgegenwirkt, ist aus Prag nicht zu erwarten. Denn die tschechische Politik fühlt sich ohnmächtig und macht sich dadurch ohnmächtig. Vor allem aber ist die Rhetorik der Ohnmacht eine Legitimitätsstrategie. Auf europäischer Ebene verleiht sie Ansprüchen Geltung, indem sie Interessenverhandlungen zu Machtverhandlungen erklärt. Im System der Europäischen Union spiegeln sich in Interessenverhandlungen die asymmetrischen Größenverhältnisse zwischen den europäischen Gesellschaften, und die europäischen Institutionen, die Kommission und das Europäische Parlament haben ein Mitspracherecht. In Machtverhandlungen ist jeder Staat gleich. Die Rhetorik der Ohnmacht, die wahrlich kein ausschließlich tschechisches Phänomen ist, ist daher eine Forderung nach Vetorechten, nach einem Europa der Nationalstaaten. Wenige in Prag geben noch zu, dass dies trügerisch ist: Halten sich die großen Staaten nicht mehr an diese Regeln der Europäischen Union, kehren sich die Verhältnisse um, dann schwächt Machtpolitik die kleineren Staaten. Daher hat die Rhetorik der Ohnmacht vor allem auch eine innenpolitische Funktion. Wer sie in Tschechien verwendet, spricht ein im kollektiven Bewusstsein tief verankertes Gefühl an. Dieses wurzelt in der Deutung des Habsburgerreichs – jenes europäischen Zusammenhangs, in dem die tschechische Nationalbewegung im 19. Jahrhundert entstand – als Völkerkerker. Sie fand ihre historische Bestätigung, als 1938 die europäischen Großmächte in München über das Schicksal der Tschechoslowakei entschieden und der Prager Gesandte vor den Türen des Braunen Hauses in München auf das Ergebnis der Verhandlungen zu warten hatte. Viele Jahrzehnte hat die tschechische Gesellschaft mit diesem Trauma gelebt. Ende der 1990er Jahre sah es so aus, als hätte sie es in ihrer Mehrheit überwunden, als würden die überwiegende Zahl der Mitglieder dieser Gesellschaft anerkennen, dass sich Deutschland und Europa seit den 1930er Jahren fundamental gewandelt haben. Dieses Pendel ist in den vergangenen Jahren zurückgeschlagen.⁴ Ganz gleich, ob man die Geschichte als Ursache für das in den letzten Jahren erneut erstarkte Gefühl der Ungleichbehandlung betrachtet, oder in ihm nur die rhetorische Hülle sieht, in die sich dieses Gefühl kleidet, ganz gleich auch, ob man dem Gefühl aufgrund der europäischen Entwicklung der vergangenen Jahre eine Berechtigung zuschreibt oder es

3 Siehe dazu Jakub Eberle: *Česká zahraniční politika: zmatení a nezáměr*, 29.6.2018, abrufbar unter: <https://a2larm.cz/2018/06/ceska-zahranicni-politika-zmateni-a-nezajem/> (letzter Zugriff: 20.9.2018).

4 Als Beleg für den Umschwung mag die Reaktion von Ministerpräsident Babiš auf eine Rede Angela Merkels dienen, in der sie in einem alljährlichen Ritual auf dem sudetendeutschen Tag wiederholte, was bereits in der gemeinsamen deutsch-tschechischen Erklärung von 1997 festgehalten wurde. Im Jahr 2018 erklärte Babiš, Merkels Worte seien „absolut inakzeptabel“. *Sudeťácký strašák znovu vylézá ze šumavských bažin. Povolal ho Babiš po projevu Merkelové*, aktualne.cz, 21.6.2018.

mit Argumenten zurückweist: Fakt ist, dass die Wahrnehmung, man sei ohnmächtig und würde ungleich behandelt, die tschechische Europapolitik und vor allem die innertschechische Auseinandersetzung über die Europapolitik prägt.

Weiterführende Literatur

Volker Weichsel: Demokratie in der Schwebel. Die Parlamentswahlen in Tschechien 2017, in: Osteuropa 9-10/2017, S. 31–49.

Jan Kovář/Jakub Eberle: Macron, Merkel a české zájmy při reformě EU. Institute of International Relations, Prague 2018.